

**Dringliches Postulat Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz/Ruedi Keller, SP):
Aktiv gegen die Krise: Weiterbeschäftigung der Lernenden der Stadtverwaltung**

In den letzten Wochen und Monaten wurde schnell deutlich, dass die jungen Erwachsenen, die am Anfang ihrer beruflichen Laufbahn stehen, auf dem Arbeitsmarkt zu den Hauptverliererinnen und Hauptverlierern gehören. So hat die Arbeitslosigkeit der 20- bis 25-Jährigen laut dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) im März 2009 gegenüber dem Vorjahr um mehr als 44% zugenommen und beträgt nun 5,1% (gegenüber 3,4% über alle Alterskategorien hinweg). Diese Medienberichte der letzten Tage prognostizieren in dieser Altersgruppe einen Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 6% bis Ende 2009. Zudem wird ein Anstieg auf über 9% bis Ende 2010 nicht ausgeschlossen. Aufgrund der beim SECO gebräuchlichen statistischen Untergliederung sind die jüngeren Jugendlichen, namentlich unter 20-jährige Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger, nicht in dieser Zahl enthalten, obwohl sie von der Problematik in identischer Weise betroffen sind.

Dabei trifft die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich oft Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger: Deren Chancen eine (neue) Arbeitsstelle zu finden, sind auf dem angespannten Arbeitsmarkt mangels Berufserfahrung vielfach am geringsten. Dies ist umso gravierender, als es sich bei diesen Jugendlichen um die gleichen Jahrgänge handelt, die bereits vor drei bis vier Jahren am härtesten vom Lehrstellenmangel getroffen wurden, der damals seinen Höhepunkt erreicht hatte. Die Bedeutung der beruflichen Integration und der kontinuierlichen Teilnahme am Arbeitsmarkt für die berufliche, soziale und persönliche Entwicklung gerade jüngerer Menschen ist hinlänglich bekannt. Deshalb ist es angezeigt, dass die Stadt Bern denjenigen Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern, die sie selbst ausgebildet hat und die keine weiterführende Stelle finden, Hand für eine angemessene Weiterbeschäftigung bietet. Deren zentrale Funktion besteht darin, den Lehrabsolventinnen und -absolventen, die auf dem Arbeitsmarkt so dringend benötigte Berufserfahrung zu vermitteln. Zugleich soll den Betroffenen in diesem Rahmen auch die Möglichkeit zur Weiterbildung eröffnet werden.

Aus diesem Grunde bitten wir den Gemeinderat Folgendes zu prüfen:

1. Gewährleisten, dass keine in der Stadtverwaltung ausgebildeten Jugendlichen nach dem Lehrabschluss in die Arbeitslosigkeit entlassen werden.
2. Für Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger der Stadt Bern, welche keine Anschlusslösung finden – soll auf qualifizierenden Arbeitsstellen – eine Weiterbeschäftigungsgarantie bis max. 18 Monate angeboten werden.
3. Zugleich sollen sie bei der Stellensuche sowie im Hinblick auf mögliche Weiterbildung gezielt unterstützt werden.

Begründung der Dringlichkeit:

Das Lehrende rückt bedrohlich näher: Meistens läuft Ende Juli 2009 der Lehrvertrag aus. Deshalb müsste unverzüglich gehandelt werden, um ein Entlassen in die Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Dringliches Postulat Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz/Ruedi Keller, SP): Hasim Sönmez, Annette Lehmann, Daniela Schäfer, Beni Hirt, Nicola von Greyerz, Rithy Chheng, Ursula Marti, Patrizia Mordini, Guglielmo Grossi, Leyla Gül, Beat Zobrist, Giovanna Battagliero, Rolf Schuler, Corinne Mathieu

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat teilt die Sorge der Postulantinnen und Postulanten, dass in Folge der angespannten Wirtschaftslage und der tiefen Anzahl offener Stellen einige Jugendliche nach Lehrabschluss Schwierigkeiten beim Finden einer geeigneten Stelle haben werden. Er setzt jedoch alles daran, städtische Lernende, bei denen noch keine Lösung nach der Lehre in Aussicht steht, in ihren Bemühungen bei der Stellensuche zu unterstützen und ihnen bei Bedarf Einsatzmöglichkeiten bei der Stadt zu gewähren, sei dies in einer Festanstellung bei vakanten Stellen, einem Praktikum oder geeigneten Weiterbildungsmassnahmen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Dringliche Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 16. September 2009

Der Gemeinderat